

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1919

21.2.1919 (No. 45)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlshöhe
Str. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515.

Verantwortlich:
Haupt-
schr.
leiter
E. M e n d.
Druck
und Verlag:
G. Braunsche
Hofbuch-
druckerei, beide
in Karlsruhe.

Belegpreis: vierteljährlich 4 M 75 P; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 4 M 92 P. — Einzelnummer 10 P. — Anzeigengebühr: die 7 mal gepaltene Zeile oder deren Raum 25 P. zuzüglich 30 % Leerungszuschlag. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreder Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Bei Klagerhebung, Zwangsversteigerung und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streit, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Abonnent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. — Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Das Wichtigste.

Ministerpräsident Eisner erschossen.

* Heute vormittag wurde, wie das W.Z.B. aus München meldet, der Ministerpräsident Eisner auf dem Wege vom Ministerium des Äußern nach dem Landtagsgebäude von Leutnant Graf Arco Valley durch zwei Kopfschüsse von hinten getötet. Der Täter wurde durch einen Posten schwer verletzt und liegt im Sterben.

Die neuen Waffenstillstandsbedingungen

* Die Times berichten, daß die Alliierten sich über folgende militärische an Deutschland zu richtende Waffenstillstandsbedingungen geeinigt haben:

Übergabe von acht Schlachtkreuzern, darunter die Oberburg und die Helgoland, von acht Kreuzern, zwei Torpedojägern und 50 Torpedobooten, die Deutschland sofort ausliefern muß. Alle U-Boots und Reparaturwerkstätten müssen innerhalb 15 Tagen abgegeben werden. Die Hilfskreuzer müssen abgerüstet und ihre Kriegsausrüstung muß zerstört werden. Diese Schiffe werden als gewöhnliche Handelschiffe und Fristen betrachtet werden.

Die Befestigung von Helgoland muß von deutschen Arbeitern unter Aufsicht der Alliierten geschleift werden. Die Zukunft der Insel wird der Friedenskonferenz überlassen bleiben.

In der vorgestrigen Unterhandlung wurde mitgeteilt, daß bisher von Deutschland ausgeliefert wurden: Alle verlangten schweren Geschütze und Feldgeschütze, alle verlangten Maschinengewehre, Laufgrabenmörser und Flugzeuge; außerdem wurden noch ausgeliefert 4065 Lokomotiven an Stelle von 5000, 126 836 Waggons an Stelle von 150 000 und 1267 Motorwagen.

Zur Friedenskonferenz.

* Der „Honore Progress“ veröffentlicht zu der Meldung aus Paris, daß gegen den 15. März der Wortlaut der Vorbedingungen für die Friedensverhandlungen der deutschen Regierung unterbreitet werden könne, noch folgenden Zusatz: Die Entente würde nach Übermittlung der Friedensvorbedingungen der Reichsregierung und der Nationalversammlung in Weimar etwa eine Woche Frist gewähren, sich zu äußern, so daß etwa am 23. März die Entscheidung fallen könnte. Demnach hat man guten Grund, anzunehmen, daß die drückende Ungewißheit, die in Bezug auf die Absichten der Entente gegenüber Deutschland besteht, in spätestens 5 Wochen ein Ende erreichen wird.

Gerüchtheilweise verlautet, daß die deutschen Vertreter etwa in der ersten Aprilhälfte zur Friedenskonferenz zugelassen werden sollen. Als Termin des Friedensschlusses wird der 1. Juni genannt.

Lloyd George in Paris.

* Nach Pariser Korrespondenzmeldungen wird die dringende Aufforderung an Lloyd George, sofort nach Paris zu kommen, von der Presse besprochen. Der Grund, warum die Anwesenheit des englischen Ministerpräsidenten gefordert wird, ist aus den Blättermeldungen nicht recht ersichtlich, jedoch scheinen die unerkennbar in den Ententeländern um sich greifende Unzufriedenheit und bolschewistische Bewegung eine Konferenz der französischen und englischen Regierungsvertreter notwendig zu machen.

Das Attentat auf Clemenceau.

* Ein Drahtbericht der Agence Havas vom 21. Februar besagt: Clemenceau verbrachte eine sehr gute Nacht. Gestern vormittag unternahm er sich mit Pichon und General Mordac. Der um 11 Uhr vormittags ausgegebene Krankheitsbericht lautet: Der gestern mittag aufgetretene Blutauswurf läßt erkennen, daß das Geschloß in die Lunge eingebrungen war. Die Mäntgenuntersuchung stellte die genaue Lage der Kugel in der Brusthöhle fest. Allgemeinbefinden sehr befriedigend, Temperatur 36, Puls 72, Nahrungsaufnahme normal. — Der Urheber des Attentats auf Clemenceau, Cottin, ist 23 Jahre alt und von Beruf Kunststichler. Er stammt aus Creil, wohnt in Montrouvre und ist als Anarchoist bekannt. Man fand bei ihm noch zwei Schachteln mit Patronen.

Die Sozialdemokratie und die Regierungsgewalt.*

Von A. Weismann, Mitglied der badischen Nationalversammlung.

Es war selbstverständlich kein Zufall, daß beim politischen Novembersturm des Jahres 1918 die Arbeiter- und Soldatenräte in Karlsruhe, München, Stuttgart, Darmstadt, Dresden und nicht zuletzt in Berlin, überhaupt in allen jenen Städten, die Sitze von Parlamenten waren und in welchen Monarchen residierten, sich sofort der Regierungsgewalt bemächtigten.

Schon der unbergeliche Ferdinand Lassalle, der politische Lehrmeister der deutschen Sozialdemokratie, hatte seine sämtlichen Broschüren und Schriften auf den Grundton abgestimmt: Politische Fragen sind Machtfragen! Und bei allen ihm passend erschienenen Gelegenheiten rief er den deutschen Arbeitern zu: Sichert euch im Staate die Macht, dann habt ihr auch das Recht! Er war in so hohem Maße von der Notwendigkeit der Ergründung der politischen Macht überzeugt, daß er einstmals in einer Versammlung seinen begeisterten Zuhörern den Rat erteilte, ihre gesamte Macht in die Hände eines Mannes zu legen, der sie mit der ungeheuren Wucht eines Riesenhammers auf den widerstehenden Ansoß des Kapitalismus niedersaufen lassen solle.

Die Schüler haben den Meister verstanden! Seit es in Deutschland eine Sozialdemokratie gibt, war es ihr ständiges Bestreben, sich politische Macht zu erwerben und dadurch Einfluß auf den Staat und die Staatsgewalt zu gewinnen. — Am klarsten wird dieser Wille zur Macht in dem 1891 auf dem sozialistischen Parteitag in Erfurt beschlossenen Programm durch die folgende Stelle des theoretischen Teils zum Ausdruck gebracht:

„Der Kampf der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Ausbeutung ist notwendigerweise ein politischer Kampf. Die Arbeiterklasse kann ihre ökonomischen Kämpfe nicht führen und ihre ökonomische Organisation nicht entwickeln ohne politische Rechte. Sie kann den Übergang der Produktionsmittel in den Besitz der Gesamtheit nicht bewirken, ohne in den Besitz der politischen Macht gekommen zu sein.“

Diese notwendige Erkenntnis hat von den Tagen Lassalles bis zur Gegenwart die deutsche Sozialdemokratie beherrscht; sie kam zunächst zum Ausdruck durch die starke Beteiligung der Arbeiterklasse an den Reichstagswahlen. Wenn auf die deutsche Sozialdemokratie am 19. Januar 1919 rund 14 Millionen Stimmen (einschließlich der Stimmen auf die Unabhängigen) entfielen, so ist dies sicher die Frucht der lebhaften Agitation für die Beteiligung der Arbeiterschaft an den Reichstagswahlen in den verflochtenen 50 Jahren. Gehörte doch unser verstorbenen Führer August Bebel mit nur einer kurzen Unterbrechung von zwei Jahren von 1867 bis zu seinem im Jahre 1913 erfolgten Tode dem deutschen Reichstage an. Mit kaum einem halben Dutzend Vertretern (den sogenannten Lassalleern und Eisenachern) zog die Sozialdemokratie 1867 in den ersten deutschen Reichstag ein und am 6. Februar d. J. fanden sich in Weimar bei der Eröffnung der deutschen Nationalversammlung 163 (mit den Unabhängigen 186) sozialdemokratische Abgeordnete ein, um lebendiges Zeugnis abzulegen für den großen Einfluß der Arbeiterklasse im tonangebenden Parlament des neuen Volksstaates Deutschland; unter ihnen befanden sich fünf Vertreter der badischen Sozialdemokratie. Und nicht zuletzt sind auch die neuen Männer in der Reichsregierung: der Reichspräsident Ebert, der Reichstagspräsident David, der Ministerpräsident Scheidemann und andere sozialdemokratische Inhaber von wichtigen Reichsämtern sprechende Beweise von der konsequenten Durchführung des sozialdemokratischen Prinzips: Erlangung der politischen Macht im Staate! Erst der millionenfache und immer wiederholte Hinweis auf die Bedeutung und die Wichtigkeit der Reichstagswahlen machte die Sozial-

* Wir haben führende Vertreter der Parteien unseres Landes zur Mitarbeit eingeladen und sie ersucht, sich von ihrem Standpunkt aus über bedeutsame politische Tagesfragen zu äußern. Der Auffassung der Regierung wird mit dieser Erörterung selbstverständlich nicht vorgegriffen. Der besondere Wert der von uns gewünschten offenen Aussprache scheint uns darin zu liegen, daß das Interesse der Öffentlichkeit für alle diese wichtigen Fragen geweckt und das allgemeine Verständnis für die Politik geschärft wird. Wir geben heute einem Vertreter der Sozialdemokratie das Wort. Red.

demokratie zur stärksten Partei der deutschen Nationalversammlung, nachdem sie schon bei den Wahlen von 1912 die stärkste Partei des Reichstages geworden war.

In nicht zu stürmischen Tempo vollzog sich in den früheren Bundesstaaten, jetzigen Freistaaten, die Beteiligung der Sozialdemokratie an den Landtagswahlen. Die Ursachen hiervon lagen aber weniger an dem mangelnden Interesse der Arbeiterklasse am politischen Leben ihrer engeren Heimat, als an dem schlechten, oft nur auf den Besitz und anderen Privilegien zugeschnittenen Wahlrecht, wie es am Ende des vorigen Jahrhunderts in Deutschland in jedem Einzelstaate zu finden war. Wenn in Baden im Jahre 1891, in Preußen gar erst 1908 die ersten Sozialdemokraten in das Landesparlament einziehen konnten, so lag diese Verzögerung der Ausübung der politischen Macht der Sozialdemokratie doch nur an dem mangelhaften Wahlrecht, niemals an einer Unterschätzung der Bedeutung der Landtage des Deutschen Reiches. Diese Mängel zu beseitigen, gelang in Baden im Jahre 1903 durch die Einführung des gleichen und direkten Wahlrechtes, in Preußen selbst bis zur Revolution noch nicht. Erst diese hat Kraftvoll das urreaktionäre preußische Wahlrecht in den Ortus geschleudert und so die Bahn freigemacht für die jetzt in die preußische Nationalversammlung gewählten 145 Sozialdemokraten, während 1913 unter dem indirekten Wahlrecht knappe 13 Sozialdemokraten in den preußischen Landtag gebracht werden konnten. Hätte meine Partei schon in den früheren Jahren in Preußen den Einfluß im Staate erreichen können, der ihr durch die Revolution des Jahres 1918 zugefallen war, das preußische Dreiklassenwahlrecht, bekanntlich nach Bismarck das elendeste aller Wahlsysteme, hätte sicher mit einem kurzfristigeren Leben zu rechnen gehabt.

Auch die badische Sozialdemokratie hat sich mühsam ihrem politischen Aufstieg bahnen müssen. Die Zahl ihrer Landtagsabgeordneten betrug 1891 2, 1897 und 1895 je 3, 1897 5, 1899 7, 1901 und 1903 je 6, schnellte dann 1905 (nach Beseitigung des indirekten Wahlrechtes) auf 12, 1909 sogar auf 20 empor, sank 1913 wieder auf 13 und erhöhte sich am 5. Januar 1919 bei den Wahlen zur badischen Nationalversammlung auf 36. Ein Drittel der Sitze in den Nationalversammlung hat also die badische Sozialdemokratie inne als Frucht einer fast dreißigjährigen politischen Arbeit im ehemaligen Großherzogtum Baden. Daß diese außerdem noch ihren zahlenmäßigen Ausdruck fand bei der Zusammensetzung der neuen Regierung am 10. November v. J., ist allgemein bekannt. Es sitzen jetzt 5 Sozialdemokraten in der badischen Regierung.

Aber die Staatsgewalt ruht nicht nur beim Reiche und in den Bundesstaaten; auch die Gemeinden sind wichtige Glieder des Staatsorganismus. Die Erkenntnis dieser heute selbstverständlichen Tatsache verbreitete sich innerhalb der Sozialdemokratie nicht mit der Schnelligkeit, mit der die letztere sich auf die Reichs- und Landtagswahlen stürzte. Als im Jahre 1884 in Berlin der verstorbene langjährige Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei, Paul Singer, in das dortige Stadtverordnetenkollegium gewählt wurde, da erstaunte man in den Reihen meiner Parteifreunde, daß es möglich sei, auch in die Gemeindeverwaltungen Vertreter der Sozialdemokratie zu bringen. Das Gemeindevahlrecht war ja in allen Bundesstaaten in gleichem Maße schlecht und für die unteren und mittleren Schichten des Volkes so unbrauchbar, wie das Landtagswahlrecht. Aber schließlich siegte auch hier der „Wille zur Macht“; und wiederum war es Süddeutschland, das bahnbrechend voranging, in Mannheim und Karlsruhe zogen bereits Anfang und Mitte der neunziger Jahre die ersten Sozialdemokraten in den Bürgerausschuß ein. Kurz vor Ausbruch des Krieges zählte man in Baden rund 1500 sozialdemokratische Bürgerausschußmitglieder, darunter eine erhebliche Anzahl Stadträte und Gemeinderäte und drei Bürgermeister. Daß diese Zahl bei den bevorstehenden Gemeindevahlen noch erheblich vergrößert wird, ist der lebhafteste Wunsch meiner Parteifreunde. Es darf auch in Baden keine Gemeindeverwaltung mehr geben, in welcher nicht tatkräftige Vertreter der Sozialdemokratie sitzen.

Diese kurzen Betrachtungen mögen beweisen, daß die deutsche Sozialdemokratie im allgemeinen und die badische

Sozialdemokratie im besonderen seit mehr als 40 Jahren konsequent an der Erreichung des Zieles: Eroberung und Inbesitznahme der Staats- und Regierungsgewalt hingearbeitet hat. Und wenn in den jüngsten Tagen die Arbeiter- und Soldatenräte, die im direkten Anschluß an die Revolution zunächst die eigenen Träger der Regierungsgewalt waren, jetzt nach erfolgter Konstituierung und Betätigung der Nationalversammlungen im Reich und in den Freistaaten, nicht leichtes Herzens diese Macht aus den Händen geben wollen, so mag man dies — einerlei, wie man sich sonst zu dem Rätesystem stellt — begreifen. Sie wissen aus langjähriger politischer Erfahrung heraus, daß Staatsgewalt und „Militarismus“ im engsten Zusammenhang stehen. Sie wollen sicher sein, daß das Militär nicht mehr zu gegenrevolutionären Zwecken mißbraucht werden kann. Lediglich haben sie es den früheren Machthabern entrisen und die Verfügung darüber dem Volke gegeben.

Doch dies nur nebenbei. Die Sozialdemokratie ist sich darüber völlig klar, daß ihre politischen, sozialen und kulturellen Forderungen nur erfüllt werden durchgeführte werden können, wenn sie selbst die Möglichkeit hat, diese Durchführung anordnen und überwachen zu können. Dazu benötigt sie die Regierungsgewalt und starken zahlenmäßigen Einfluß im Reichstage, in den Landtagen, in den Gemeindeverwaltungen, in der sozialen Gesetzgebung usw. Sie ist aber auch überzeugt, daß sie damit nicht nur der eigenen Partei dient, sondern der gesamten Nation, denn die Förderung des Wohlstandes, die in dem kurzen Erdendasein durch ein ungerechtes System der Gesellschaftsordnung sich mühselig und beladen fühlen, ist ihr oberstes Gesetz!

Deutsche Nationalversammlung.

* In der gestrigen Sitzung führte Abg. D. Kraus (D.-N. Bp.) u. a. aus: Dem Vordringen der Südslawen in Österreich sollte man mehr Beachtung schenken. Einmütig protestiert das deutsche Volk gegen die Aufrechterhaltung der Modade und gegen die Zurückhaltung unserer Kriegsgefangenen. Die 15 Milliarden alten Kredite bewilligen wir, selbstverständlich ebenso die 300 Millionen zur Förderung des Wohnungswesens. Wir sehen in dem 9. November einen Tag der nationalen Schmach.

Zur Kreditvorlage liegt eine Reihe von Anträgen vor, die Abänderung bzw. Ablehnung des Kredites fordern.

Finanzminister Dr. Schiffer bittet alle diese Anträge abzulehnen. Von den 25 Milliarden sind 15 Milliarden bereits verausgabt und durch die Wechselverbindlichkeiten des Reiches auch schon weitere 3 Milliarden verbraucht.

Reichsminister Gothein: Der Abg. Kraus hat eine verwerfliche Politik darin finden wollen, daß wir die fürchtbar schweren Waffenstillstandsbedingungen angenommen haben. Wir haben sie erst nach sehr eingehender Erörterung angenommen, weil wir uns eben in einer verzweifelte Lage befinden. Die verfehlte Auffassung, daß allein ein scharf geschliffenes Schwert die beste Sicherung des Friedens sei, die Großmachtlust unserer Flottenpolitik, die Tatsache, daß unsere auswärtige Politik schließlich nicht von Diplomaten, sondern von General- und Marineoffizieren gemacht wurde, das ist die Schuld des alten Regimes und all derer, die zu ihm gestanden haben. Dabei stehen wir keineswegs auf dem Standpunkte, daß die Schuld am Kriege ausschließlich auf unserer Seite liege. Wir kommen nicht an der Tatsache vorbei, daß das monarchische System in seiner Politik verfaßt hat, weil es sich immer auf die Seite derjenigen Reute gestellt hat, deren Politik jene ungeliebte Mächtekonstellation gegen uns herbei-

Albrecht Schaeffers Prosadichtungen.

Von Bill Scheller.

Ein bislang durch die Herausgabe lyrischer Werke von Bildungsdurchströmter, formkräftiger Art namhaft gewordener Autor überträgt die Mittelwelt durch die Veröffentlichung zweier Versuche, dem schöpferischen Erlebnis in ungebundener Rede erzählerischen Charakters Gestalt zu geben. In einem Buch von ungewohnt handlichem Format, unter dem Titel „Joseph Montfort“ (Insel-Verlag, Leipzig) bietet Albrecht Schaeffer ein Resultat der Abjagt, verschiedene Erlebnisse aus dem Bereich der, wie Rubin es nennen würde, „anderen Seite“ des Daseins künstlerisch sozusagen auf einen Generalnennner zu bringen, indem er sie in Wesen und Schicksal einer bestimmten Figur, des Barons Joseph von Montfort, verlegt. Dieser Joseph Montfort ist ein Weltalter, ein mit dem bösen Will behafteter Mensch, der Anheil und Grauen anzieht und Gespenster erweckt, wie ein Himmelskörper die Trabanten um sich bewegt, nicht, weil er will, sondern weil es sein Fatum ist, überall das Dämonische des Lebens zu enthüllen. Er muß demnach als ein Abenteuer betrachten werden, aber da er ein Kind des zwanzigsten Jahrhunderts ist, zugleich als einer von jenen Herrenmenschen, die dem Genusse zustreben, ohne darin letztes Gemühen zu finden, die ebenso unachtsam in der Verfolgung ihrer Ziele sind, wie sie die feinsten Schwankungen des menschlichen Gefühls wahrzunehmen wissen. Zweifel und Ehrfurcht vor den Dingen queren sich in seinem „erschütterten Gemüte“, wie in dem des Georgesehen Agabal, der nach außen hin faszinierende Selbstsicherheit betätigt, ohne nach nur am Geringsten unbewegt vorübergehen zu können. Joseph Montfort zieht aus, das Gruseln zu lernen. Aber weder die tangenden Füße in dem schottischen Hochfisch über dem Meere, noch die durch Musik erweckte Gestalt eines Toten, noch die über den Tod hinaus wirkende Macht seines eigenen Willens ist imstande, dasjenige Empfinden hervorzuheben, welches ihn der übrigen Menschheit bruderhaft sich gleichfühlend liebt; und ebensowenig vermag dies seine Enttäuschung einer grauenhaften Schicksalsverflechtung, die unbeabsichtigte Lösung seines besten Freundes und dessen nachherige Erscheinung. Erst sein eigenes Verhängnis, die Zusammenfügung seiner persönlichen Lebensmomente führt ihm endlich das Entsetzen ein, dem er dann auch in furchtbarer Weise (im Kampf mit seinem Doppelpänger) erliegt.

Nach der äußeren Einteilung sind es neun Geschichten, in denen das Leben des merkwürdigen Mannes berichtet wird, eines Menschen, der ohne Zweifel Anspruch auf typische Geltung erheben darf. Aber in Wirklichkeit ist die Zahl der Abenteuer viel größer, und ihre Grade und Artungen entsprechen dieser Vielzahl durchaus. Die Probleme der Suggestion, der

geführt und jede Möglichkeit, den Krieg rechtzeitig zu liquidieren, verhindert. Das Rechtsbewußtsein des deutschen Volkes ist vor allem durch die Sünden des Militarismus rettungslos erschüttert. Hier wieder Ordnung und Sicherheit zu schaffen, ist die wichtigste Aufgabe der Regierung und der Mehrheit dieses Hauses.

Reichsminister Erzberger: Wir treiben in der Waffenstillstandskommission eine Politik der kühlen Vernunft und des klaren Rechts. Wer an den Abmachungen des 5. November das geringste zu ändern sucht, erschwert die Lage des deutschen Volkes in unerwarteter Weise. (Lebhafte Zustimmung bei der Mehrheit.) Die 14 Punkte Wilsons sind nicht überschritten worden. Vollkommen unbegründet war auch der Vorwurf, daß wir keine Kommission zur Untersuchung der völkerrechtswidrigen Behandlung von Kriegsgefangenen eingesetzt haben. Gerade vom deutschen Standpunkte aus war diese Kommission absolut notwendig. Die Anlagen, die gegen Deutschland erhoben wurden, haben sich in den allermeisten Fällen als total unrichtig herausgestellt. Die Denkschrift über die Waffenstillstandsverhandlungen wird dem Hause bereits heute abend aber morgen vormittag zugehen. Ich hoffe, daß dadurch die Debatten über den Waffenstillstand erheblich abgekürzt werden.

Abg. Dr. Rahl (D. Bp.): Meine Fraktion beantragt die Überweisung des Nachtragsrats an eine Kommission. Ich halte es für eine schwerere politischen Unterlassungsfehler des Ministerpräsidenten, daß er es nicht als seine erste Aufgabe betrachtet hat, beim Reichspräsidenten dahin vorstellig zu werden, daß er unmittelbar persönlich mit der Entente, vor allem aber mit dem Präsidenten Wilson sich in Verbindung setzte und versuchte, eine gerechte Verlängerung des Waffenstillstandes durchzusetzen. Auch der mangelhafteste Obrigkeitssinn ist nicht so schlecht regiert worden wie der Volksstaat vom 6. November bis zum 6. Februar. Es war die vollendete Klassenherrschaft. Die Schuld für den unglücklichen Ausgang des Krieges trägt der Bolschewismus. Ohne die Revolution lebten wir heute in ruhigen und gesicherten Verhältnissen (Stürmischer Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Der Redner begrüßt den frischen und würdigen Ton der Darlegungen des Ministers Roske und Graf Brockdorff-Rantzau, und erklärt, daß eine Eingabe um Maßnahmen zur Sicherung der Unabhängigkeit der Richter von der Regierung in ganz verständnisloser Weise aufgefaßt und beantwortet worden sei.

Reichsminister Landsberg: Die Unabhängigkeit der Richter, die ich als höchstes Rechtsgut stets wahren werde, war gar nicht gefährdet. Herr Rahl meint, wir würden ohne Revolution zu einer Monarchie mit freiwirtschaftlichen Institutionen gekommen sein. Es liegt mir ferne, den gewesenen Kaiser anzugreifen, der vom Unglück schwer getroffen ist und von dem ich nicht verlernen will, daß seine Absichten gut und rein gewesen sind. Aber ich tue dem Kaiser sicherlich nicht Unrecht, wenn ich sage, daß er nicht imstande war, umzulernen. Niemand hätte er sich unter eine freiwirtschaftliche Verfassung gefügt. Die Behauptung des Herrn Rahl, daß noch im Oktober eine Nationalversammlung möglich gewesen wäre, hat mir große Wehen verursacht. Den Wunderglauben soll man doch aus der Politik ausschalten. Was das deutsche Volk ruiniert hat, das war der Dämon des Übermuts. Das Gottesgeschick der russischen Revolution hat man vergeblich und damit das schicksal Deutschland besiegelt. Zwei Wünsche habe ich für mein Volk: Die Freude zum Leben und Mut! (Mehracher Beifall bei der Mehrheit.)

Präsident Fehrenbach stellt um 7 Uhr die Frage, ob noch die nächste Rednergarnitur heute zum Worte kommen solle. Die Presse werde aber kaum in der Lage sein, in so später Stunde eine geordnete Berichterstattung durchzuführen.

Das Haus beschließt, die Beratung fortzusetzen.

Frau Rieh (N. S.) nimmt das Wort zu einer zwei Stunden langen Rede, in der sie allerhand Beschwerden vorbringt und scharfe Angriffe gegen Roske und seine Garde richtet. Grenzschutz und Heimatschutz hält sie für unnötig. Wegen ihrer Bezeichnung des Eisernen Kreuzes als Blutmal erhält sie einen Ordnungsruf, desgleichen für ihre Schlussworte, in denen sie von den Kainszeichen des Bruderermordes der Regierung sprach. Ebenso erhielten zwei unabhängige Sozialdemokraten, die diese Ausprache mit „Sehr richtig“ begrüßten, Ordnungsrufe.

Der Antrag auf Verweisung der Kreditvorlage an einen Ausschuss wird gegen die Stimmen der Rechten und der Unabhängigen abgelehnt.

Telepathie, der Kriminalität, der Sexualität, der Traumdeutung werden vielfältig exemplifiziert; der ganze Apparat neugeitlicher Seelenforschung wird aufgegeben, und diese Fülle von Geisteswissenschaften in eine Flucht zumeist mit großer Sorgfalt und lebhafter Färbung ausgedrückter Bilder zur Wirkung gebracht, so daß die Lektüre des Wertes in einem Zuge wie ein beklemmender Rausch wirken muß.

Es ist inselgefallen ein Vorzeile, daß Schaeffer, den bunten Charakter des Ganzen berücksichtigend, die Form der Rahmen- erzählung gewählt hat, eine Zusammenstellung vorwiegend aus Tagebuchblättern der Hauptfigur selbst und aus Kommentaren von der Hand eines treuen Dieners, wodurch zwar die Mannigfaltigkeit auf Kosten der stilistischen Einheit erhöht, zugleich aber eine freiere Beweglichkeit des Wertes verursacht wird. Es ist in der Tat fraglich, ob „stilistische Einheit“ der Natur und dem Sinn des Ganzen entsprochen haben würde; der Dichter hat sich gehütet, ihm die Bezeichnung des Romans zu geben, einer Kunstform, die übrigens in ihrer orthodoxen Beschränkung mehr und mehr an Belang zu verlieren scheint, mo sich um geistige Zielsetzungen größerer Tiefe und weiteren Umfangs handelt.

Aber auch das kleinere Wert, das er folgen ließ, „Gubula, oder die Dauer des Lebens“ (Insel-Verlag, Leipzig), hat Schaeffer nicht als Roman bezeichnet, obwohl die einfacheren Elemente des Inhalts an sich hierzu hätten Anlaß geben können: eine kleine Prinzessin, in der Einamkeit ihres Waisentums aufwachsend, von Freiheitsstummel zeitweise durchglüht, verliebt sich in einen Wildhauer, mit dem sie während des napoleonischen Zusammenbruchs entflieht, verehelicht wird und, indes er die Schlachten gegen „das große Tier“ mitkämpft, auf die beschleunigte Stufe des sozialen Daseins hinabsteigt und sich dort zurechtzufinden sucht. Nachdem er mit Verluft des rechten Armes heimgekehrt und erst durch Goethes Eingreifen von seinem Trübsinn geheilt ist, ziehen beide nach Berlin, wo er auf den Barricaden des Jahres 1848 mit zweien seiner zahlreichen Söhne fällt. Sie aber überlebt alle und wird mehr als hundert Jahre alt.

Das ist wirklich ein Roman. Aber Albrecht Schaeffer hat nur eine Erzählung daraus gemacht, deren erster Teil an Köstlichkeit ruhiger Darstellung eines unruhig reisenden Lebens nicht viel feinschmecklicher hat; hier besitzt der Stil eine Temperierung, die gleichwohl eine freie Bewegung des Wortes nicht zu hemmen vermag. Knapp zwei Jahrzehnte sind der Gegenstand dieser ersten, weitaus umfangreicheren Hälfte der Erzählung. Für die übrigen neun muß die zweite aufkommen. Und wenn von der Epifode, welche sich um die sehr menschlich gesehene und doch mit Ehrfurcht gebildete Gestalt Goethes rankt, abgesehen wird, tut sie es nur vermöge einer chronologischen Zusammenpressung des Stofflichen und Durchwirkung der

Der unabh. Sozialdem. Volk-Gotha spricht für die Ablehnung des Kredites und wird schließlich, als er über die Vorgänge Gothas sprach, vom Präsidenten unterbrochen.

Als Gotha'scher Bevollmächtigter versucht darauf ein Dr. Loewenhard aufzutreten.

Reichsminister Erzberger teilt jedoch mit, daß die Regierung beschlossen habe, einen Vertreter von Gotha nicht anzuerkennen, da die in der Rotbefassung enthaltenen Voraussetzungen für die Zulassung nicht erfüllt seien.

Unter ungeheurem Lärm der Unabhängigen wird der angegebliche Regierungsvertreter aus dem Hause entfernt. Schließlich wird die Kreditvorlage unter Ablehnung aller Anträge in zweiter und auch in dritter Lesung gegen die Stimmen der Unabhängigen und der Deutsch-Nationalen angenommen.

Nächste Sitzung: Freitag, nachm. 2 Uhr. — Schluß gegen 10 Uhr.

Badischer Teil.

** Der Staatsanzeiger Nr. 45 vom 21. Februar enthält eine Bekanntmachung des Ministeriums für Übergangswirtschaft, Wohnungswesen und soziale Fürsorge, in welcher erneut darauf hingewiesen wird, daß die Verordnungen der Reichsregierung und der badischen vorläufigen Volksregierung betr. den Lichtstundentag und die der Ersparung von Brennstoffen dienenden Maßnahmen mit aller Schärfe durchgeführt werden müssen. Es empfiehlt sich für alle Beteiligten, die Bekanntmachung zur Kenntnis zu nehmen.

Badische Nationalversammlung.

oc. Der Haushaltsausschuß der Bad. Nationalversammlung trat gestern zur Besprechung der neuen Feuerzuzulagen an badische Beamte und Arbeiter zusammen. Die Regierung teilte dabei mit, daß neue Forderungen der Eisenbahnerverbände vorliegen, die den Abschluß von Tarifverträgen bezwecken. Diese würden einen leuchtenden Mehraufwand von 35 bzw. 53 Millionen Mark bedeuten. Weitere Anträge auf Regelung der Dienst- und Ruhegehältern würden eine weitere Ausgabe von 15 Millionen erfordern.

Generaldirektor Schulz gab sodann einen Überblick über die Finanzlage der badischen Eisenbahnen, wie er schon veröffentlicht worden ist. Für das Jahr 1919 muß danach mit einem voraussichtlichen Betriebsausfall von 90 bis 100 Millionen gerechnet werden, ohne daß eine Schuldverzinsung eingerechnet wäre.

Finanzminister Dr. Wirth erläuterte die Finanzlage in der allgemeinen Staatsverwaltung, die nicht minder trübe ist. Der ungedeckte Aufwand für 1918 dürfte ungefähr 100 Millionen Mark betragen und dazu kommt die Schuld des Reiches an Baden für vorgelegte Familienunterstützungen an die Gemeinden, jedoch Baden vorläufig mit einer Staatsschuld von rund 300 Millionen Mark aus dem Krieg hervorger. Erklärend wirkt für die künftige Entwicklung, daß das Reich voraussichtlich auch auf die Einkommensteuer greifen wird und den Bundesstaaten nur die eine oder andere indirekte Steuer belassen will. Inmehrin sei der Stand der badischen Finanzen — für sich allein betrachtet — erträglich und das sei der guten Finanzgebarung Badens vor und während des Krieges zu danken.

Der Minister des Innern berichtete im folgenden über den Stand des neugebildeten Volksherees und wies dabei, daß sich hauptsächlich auch Söhne reicher Familien zur Verfügung stellen möchten. Die noch bestehenden alten Organisationen sind möglichst rasch aufzulösen.

Bei Besprechung dieser Regierungsverichte wurde im Haushaltsausschuß von allen Seiten darauf hingewiesen, daß unser Volk über die finanzielle Lage vollständig aufgeklärt werden muß, damit es sich seinen gefährlichen Illusionen hingibt. Nur Arbeit und strenge Pflichterfüllung jedes Einzelnen kann uns vor dem völligen Zusammenbruch retten.

selben mit kurzen psychologischen Reflexionen, wodurch ein fühlbarer Kontrast zu der behaltenden Tönung der ersten Hälfte hervorgerufen wird. So lebhaft das Ganze auch für sich einzunehmen weiß, wie starke Wirkung auch von ihm als solchen unmittelbar ausgehen mag, der Eindruck des Unvollkommenen ist nicht ganz auszulösen, eines Wundenstodes etwa, dessen Triebe zum Teil glänzend aufblühen, stellenweise dürr und farblos zurückgeblieben sind. Lebhafte konträre Anzulänglichkeiten sind aber die Ursache hiervon, Mängel, welche die Freude an dem Wert, wie es einmal ist, nicht sehr tief beeinträchtigen können, und von dem starken Künstler, der Albrecht Schaeffers Hand führt, überwunden zu werden hinreichend Aussicht haben dürften.

Strindberg-Abend.

Am Mittwoch abend sprach im großen Rathausaal Herr Dr. Roenneke, Dramaturg und Regisseur unseres Landestheaters, über Strindbergs Dramen. Wir dürfen Herrn Dr. Roenneke zu den wenigen, ebenso feinsinnigen, wie feinnervigen Literaten rechnen, denen es auf Grund gründlicher Studien und begabter, dramatischer Erfahrung gegeben ist, einen so komplizierten Menschen und problematischen Dramatiker wie Strindberg mit seinen Schwächen und Vorzügen, seinem Sehnen und Ringen deutlich vor ihre Hörer hinzustellen und den ursächlichen Zusammenhang von Lebenserfahrungen und Dichtungsinhalt aufzuzeigen. Es war ein erschütterndes Gemälde, das er von der Kindheit und Jugend des Dichters entwarf, der sich aus den Tiefen des Lebens, aus Qualen der Seele und des Körpers, aus dem Glend seiner Familie, durch Studium und alle möglichen Berufe heraus- und emporringen mußte.

Sein Leben war Kampf, Krampf, Leid. Sein furchtbares Geschick, das ihn, der vor der Frau nierte und in das Erdenwesen Weib den Himmel hineinräumte, dreimal grausam enttäuschte und ihn so zum unerbittlichsten Hasser der Frau machte, wurde auch bestimmend für seine einseitige Stellung zum Weibe in seinen literarischen Schöpfungen. Daraus entbrannte das Drama der sich bekämpfenden Geschlechter. In seinen ersten Dramen, den sogenannten romantischen Dramen, ist er noch eines gerechten Urteils fähig. Aber mit den Jahren wird sein Haß gegen das Weib immer glühender, unauslöschlicher und steigert sich zu einer einseitigen Schwarzmalerei. Der 50er und 60er nimmt die Linie des Geschlechterkampfes, in etwas gemildeter Form, wieder auf. Als sein größtes Ehe drama darf der „Lötentanz“ bezeichnet werden: in diesem Werke ringen nicht zwei Menschen, sondern zwei Geschlechtertypen gegeneinander. Die Jahresfestspiele und Märchenstücke offenbaren das mythische

Interpellationen in der Nationalversammlung.

Die Abgg. Vogel und Gen. haben in der badischen Nationalversammlung folgende Interpellation eingebracht:

„Ist die vorläufige Volksregierung davon unterrichtet, daß die Fleischversorgung der Bevölkerung der Städte Mannheim und Heidelberg eine sehr ungenügende ist? Es wurde wohl durch behördliche Verfügung bekannt gegeben, daß vom 1. Februar an die wöchentliche Fleischmenge auf den Kopf der Bevölkerung von 200 Gramm auf 300 Gramm, bezw. von 150 Gramm auf 250 Gramm erhöht worden sei. Die Mehrgewichte sind jedoch nicht in der Lage, diese Menge abzugeben. Die Ursache dieses Missetandes liegt nicht im Mangel an Schlachtvieh überhaupt, sondern in der durchaus ungenügenden Zufuhr desselben nach Mannheim und Heidelberg. Es ist verständlich, wenn das Publikum sehr erbittert über diese Verhältnisse ist. Was gedenkt die vorläufige Volksregierung zu tun, um diesen Missetand zu beseitigen?“

Von den Abgg. Wenedy und Gen. wurde folgende Interpellation eingebracht:

„In verschiedenen Gegenden des Landes ist ein großer Teil des vorhandenen Grund und Bodens in der Hand von einzelnen Großgrundbesitzern (Grundherren und dergl.) vereinigt. Es besteht nun die Gefahr, daß die Großgrundbesitzer im Hinblick auf die verschiedenen Parteien im Wahlkampf geordnet und in Aussicht stehende Expropriation und Aufteilung der großen Güter ihre nicht etwa durch die Stammgutsbesitzer gebundenen Grundstücke unter der Hand abzutreten und diese Grundstücke infolge des bestehenden Landhungers dann nur in die Hand der bemittelten bäuerlichen Bevölkerung gelangen und in unwirtschaftlicher Weise belastet werden. Was gedenkt die Regierung zu tun, um dieser Gefahr, etwa durch Anordnung einer Verkaufsperre oder dergl., vorzubeugen?“

Reich und Bundesstaaten.

Auf Anregung des Zentrums kam es am Dienstag in der Verfassungskommission zu einer eingehenden Aussprache über die Bestrebungen der Reichsleitung auf Schmälerung der Rechte der bisherigen Bundesstaaten in der neuen Reichsverfassung. Der „Bad. Beobachter“ berichtet darüber des Näheren:

„Der Zentrumsredner beantragte, die Regierung möge Auskunft geben über die zentralistischen Tendenzen des Reichsverfassungsentwurfs auf politischem und finanziellen Gebiet und insbesondere darüber, welche Haltung die badische Regierung demgegenüber und hinsichtlich der jetzigen Reservatrechte Badens auf dem Gebiete der Besteuerung des Branntweins und des Bieres einnehme. Gleichzeitig kündigte er eine entsprechende Interpellation seiner Partei an und beantragte, daß baldmöglichst Gelegenheit zu einer Aussprache über die Materie in der Nationalversammlung gegeben werde. Das badische Volk verlange hier dringend Klarheit.“

Der Finanzminister mußte zugeben, daß zentralistische Bestrebungen in Weimar beständen und daß ihre Verwirklichung weitgehend das Ende der Bundesstaaten bedeuten würde. Es sei eine Reichsverwaltung beabsichtigt, während bisher die Verwaltung der Rölle in den Händen der Bundesstaaten liege. Das Reich beabsichtige sodann auf die Biersteuer zu greifen. Fiel die Einnahmen aus der letzteren in Baden weg, so wäre das von geradezu katastrophaler Wirkung auf unser Budget. Des weiteren wolle das Reich künftig die Erhebung seiner Verbrauchssteuern in den Bundesstaaten selbst durch eigene Beamte vornehmen und außerdem noch Vorschriften erlassen über die Zulässigkeit und Erhebungsart von Landesgaben.

Gegen diese Absichten wurde von mehreren Rednern des Zentrums schärfster Protest erhoben. Der bundesstaatliche Charakter des Reiches müsse unbedingt gewahrt werden. Reservatrechte könnten ohne die Zustimmung der betr. Einzelstaaten überhaupt nicht aufgehoben werden. Ein Zwang sei hier durchaus unzulässig und müßte zu den schwersten Erschütterungen führen.

Von demokratischer Seite wird angeregt, die in Aussicht gestellte Steuerinterpellation gemeinsam von allen Parteien einreichen, welchen Vorschlag das Zentrum annahm.

Auf die Ausführungen des Ministers des Innern, der nach der politischen Seite hin die notwendigen Dinge, insbesondere auf die beabsichtigte Heeresorganisation behandelte, erklärten mehrere Zentrumsredner, die Bundesstaaten müßten erhalten bleiben; hier heiße es zu widerstreben unter allen Umständen gegenüber den Tendenzen auf weitgehende Vereinheitlichung. Von einem demokratischen Redner wurde demgegenüber erklärt, das Zentrum arbeite hier mit Übertreibungen. Die

Verhältnisse Strindbergs zur Natur. Die zarten, poetischen Schilderungen der Kinder sind von besonderer Feinheit.

Hierher gehört auch „Schwanenweiß“, dessen Auf- führung am Landestheater geplant ist. Es ist die reinste Ver- fälschung des Strindbergschen Frauentyps, der Unschuld, der Jungfrau. Sein Traum vom Stern der Liebe hat hier Erfüllung gefunden. Strindberg ist bei uns nur einseitig, als der Gestalter des Geschlechterkampfes, bekannt, der Strindberg, wie er uns aus seinen Skizzen, der Damas- kus-Trilogie und dem Traumpiel entgegentritt, ist weniger bekannt geworden, obwohl er hier der Größere ist. Um 1900 entwirft sich seine Schöpferkraft am gewaltigsten. Ein Werk, das vielleicht der Weltzeit besonders viel zu sagen und zu geben wüßte, ist „Meister Olf“, in dem Olfas Idealismus gegen die Realpolitik des Königs taft. Es ist von höchstem Freiheitssturm durchdrungen. In diesem Zusammenhang sind zu nennen die zahlreichen historischen Dramen, die sich in ihrer Mehrzahl durch die Echtheit der Leidenschaften aus- zeichnen.

Besonders eingehend befaßte sich Herr Dr. Roenneke mit Strindbergs beiden Meisterwerken: „Nach Damaskus“ und „Ein Traumspiel“. Durch meisterhafte Rezitation zweier charakteristischen Szenen aus dem ersten (Gerichts- scene und Gemäldegalerie) übermittelte er seinen Hörern einen anschaulichen Begriff von dem Gedankeninhalt und der Wesensart dieses Werkes, das mit seinem satirischen Spott, seiner dialektischen Schärfe und rücksichtslosem Wahrheits- fanatismus ein echter Strindberg ist.

Nicht minder fesselnd ist das „Traumpiel“, das das ganze menschliche Leben umspannen soll und das in dem Gedanken gipfelt: Das Leben ist schwer, aber die Liebe besiegt alles. Es ist ein Spiel vom Leben der Menschen, daher sollen sie dem Leben entfliehen, aber auf dem Wege der Resig- nation. Den Ausgleich aus den tausendlei Widersprüchen des Lebens sieht Strindberg in der Tragikomödie des- selben. Herr Dr. Roenneke sprach klar, eindringlich und sehr ausführlich, fesselte aber — trotz über 1½ stündigen Vor- trags — bis zum letzten Wort, zumal er zahlreiche Broden aus den verschiedenen Werken mit zündender Wirkung rezitierte. Auch seine dramaturgischen Hinweise und Fingerzeige waren für den Freund des Bühnenwerks das größte Inter- esse. Man darf die Erwartung hegen, daß das Märchenpiel „Schwanenweiß“ zum mindesten in sehr sorgfältiger Vor- bereitung auf dem Landestheater erscheinen wird.

Ugo Koller.

Revolution habe mit so vielem ausgeräumt, sie werde auch hier nicht Halt machen, worauf ihn ein Zentrumsvertreter antwortete, daß, wenn er sich gegen diese Zentralisations- bestrebungen wehre, er es tue aus seinem Empfinden als Badener heraus. Unser Volk in seinen weitesten Schichten denke hier genau wie er: daß wir noch weitere preußische Be- förden ins Land bekämen, das sei gegen jedes badische Volk- empfinden. Komme eine Vereinheitlichung der deutschen Bah- nen, so sei unbedingt dafür zu sorgen, daß die Rechte der ba- dischen Landesfinder, im Lande angestellt zu werden, gewahrt werden. Die Dinge bei der Reichspost mahnten zur Vorsicht. Die badische Regierung müsse in Weimar in dieser Beziehung fest auftreten und die Nationalversammlung ständig auf dem Laufenden halten über die Dinge, die hier vorgehen. Die Regierung erklärte, daß z. B. ein Minister ständig in Weimar sei, dem auch ein Finanzfachverständiger zur Seite stehe. Sie habe bisher gearbeitet für Aufrechterhaltung der Selbständig- keit des Landes und werde das auch künftig tun und auch die Nationalversammlung auf dem Laufenden erhalten.“

Die Kirche im sozialen Volksstaat.

In einer Mitgliederversammlung der Volkskirchlichen Ver- einigung wurde nach Anhörung eines Vortrags des Herrn Hauptlehrers Friz Schmudger über: „Die Stellung der Kirche im sozialen Volksstaat“ einstimmig folgende Entschliessung angenommen:

„Die vor 400 Jahren durch den herrschenden Kapitalistisch- autokratischen Geist in ihrer Entwicklung gehemmte Reforma- tion der Kirche hat im sozialen Volksstaat nunmehr ihren Fort- gang zu erfahren derart, daß aus der Dristeigleisende endlich die Volkskirche werde, in der — bei friedlich-rechtlicher Tren- nung von Staat und Kirche

1. alle Vorrechte der Geburt und des geistlichen Standes zu beseitigen und (Beseitigung der Patronate und Durchführung des allgemeinen Priestertums);

2. die Demokratie des Christentums, aufbauend auf den Prinzipien der Gemeindeglieder und unter Einführung des pas- siven und aktiven Wahlrechts der Frauen über 21 Jahren, bis in die höchsten Stellen durchzuführen ist und

3. die Gleichberechtigung derjenigen, welche Jesus von Naza- reth — unter Ablehnung der Lehre von der „unbefleckten Empfängnis“ — nur als idealsozialwirkenden Menschen ver- ehren und feiern wollen gewährleistet ist.“

Die bad. Volks- u. Sicherheitswehren.

In einer in Karlsruhe abgehaltenen Versammlung der Kommandanten badischer Volks- und Sicherheitswehren wurde die Gründung einer Landesorganisation beschlossen, um eine beständige Führungsnahme mit der Regierung aufrecht zu er- halten. In einem Beschlusse wurde zum Ausdruck gebracht, daß sich die anwesenden Vertreter der vertretenen Volkswehren auf den Boden der bestehenden Regierung stellen und die Volkswehr Karlsruhe als Vorort bestimmen.

Beamtenkammer u. Beamtenausschüsse.

Der Verband der Beamten- und Lehrervereine e. B. hat un- term 10. d. M. der vorläufigen Regierung eine Eingabe unterbreitet wegen Errichtung einer Beamtenkammer und Schaffung von Beamtenausschüssen.

Die Staatspolizei.

Der Verband der Staatspolizeibeamten (Mannheim, Karlsruhe, Freiburg, Rastatt, Heidelberg, Konstanz, Baden, Rastatt) verlangte in seiner Generalversammlung am 16. Fe- bruar 1919 einstimmig nicht nur die Beibehaltung der Staats- polizei, sondern den Weiterausbau und die Durchführung im Land. Eine Mitteilung an die Presse besagt dazu: „In der Vereinheitlichung der Polizei erblicken die Staatspolizeibeam- ten ihre vornehmste Aufgabe, um Volk und Land bei Wahrung der höchsten Güter treueste Stütze zu sein. Die freiheitliche Rechtsgrundlage erfordert heute außer der Theorie auch Praxis. Letztere kann zu Gesetzen und Vorschriften, die fürs ganze Land maßgebend sind, aber nur dann Verwendung fin- den, wenn Einheit im System ist. Die Einheit stärkt das Selbstbewußtsein und verleiht den Gesetzen größte Autorität und kombiniert eine geschlossene Macht, auf die sich die Re- gierung nicht nur beim Vollzug der Gesetze, sondern auch bei größter Gefahr der Not berufen kann.“

Die Gesamtverluste der 29. Division.

Die „Preisgauer Zeitung“, veröffentlicht eine Verlustliste der im Frieden zum Befehl berechneten der 29. Division gehö- renden Truppenteile. Aus der sehr übersichtlichen Darstellung ergibt sich, daß die Gesamtverluste betragen: beim Inf.-Regt. 113 63 Proz. Offiziere und 50 Proz. Unteroffiziere und Mannschaften; beim Inf.-Regt. 114 60 Proz. Off. und 56 Proz. Unteroff. und Mannsch.; beim Inf.-Regt. 112 63 Proz. Off. und 58 Proz. Unteroff. und Mannsch.; beim Inf.-Regt. 142 63 Proz. Off. und 54 Proz. Unteroff. und Mannsch.; beim Inf. 169 112 Proz. Off. (diese hohe Ziffer ergibt sich aus der großen Zahl der mehrmals verwundeten Offiziere) und 61 Proz. Unteroff. u. Mannsch.; beim Inf.-Regt. 170 65 Proz. Off. und 53 Proz. Unteroff. und Mannsch.; beim Feldart.- Regt. 30 38 Proz. Off. und 26 Proz. Unteroff. und Mannsch.; beim Feldart.-Regt. 66 56 Proz. Off. und 29 Proz. Unteroff. und Mannsch. u. Feldart.-Regt. 76 37 Proz. Off. u. 28 Proz. Unteroff. und Mannschaften.

Erstellung von Kleinwohnungsbauten durch Karlsruher Bauhandwerker.

Der Siebenerausschuß der Vereinigung Karlsruher Hand- werker und Gewerbetreibenden hatte die gesamten Karlsruher Bauhandwerker, Architekten und sonstigen Interessenten zu einer Besprechung über die Erstellung von Kleinwohnungsbau- ten durch das Karlsruher Bauhandwerk unter Mitwirkung anderer Korporationen, zusammengerufen.

Herr Fabrikant Albert Braun legte der sehr stark besuchten Versammlung ein großzügiges Projekt vor, nach welchem sich das gesamte Karlsruher Bauhandwerk zu einer großen Orga- nisation zusammenschließen und unter Führung der Stadt die Erstellung einer Siedelung von Kleinwohnungen vornehmen solle; die Wartbarkeit sollte so gefördert werden, daß ein Teil der Wohnungen schon im Herbst beziehbare ist. Durch die Aus- führung dieses Planes könne dem dringenden Wohnungsbe- dürfnis abgeholfen, andererseits aber auch dem Bauhandwerk, das sich in großer Notlage befindet, die so notwendige Arbeit geschaffen werden. Die Gründung der Handwerkerbauver- einigung Karlsruhe, der sich schon eine größere Zahl Bauhand- werker und Firmen angeschlossen habe, ist bereits erfolgt. Je- der Inhaber eines Anteils der Genossenschaft hat einen recht- lichen Anspruch auf ein Haus in seinem Gewerbe, das er selbständig ausführt. Die Verteilung der Arbeit geschieht durch eine unabhängige Kommission, zu Preisen, welche von Sachverständigen festgesetzt sind. Herr Braun glaubt, daß durch den angeregten Zusammenschluß das Baugewerbe nicht nur von der bisherigen Last des Mißfusses befreit würde, son- dern auch von den üblen Nebenwirkungen des Wettbewer-

bes und des Submissionswesens. Aber auch das politische Mo- ment, die sich überall geltend machende Vergesellschaftungs- tendenz, dränge zu einem Zusammenschluß des Bauhand- werks, der nicht nur wirtschaftlich fördernd, sondern geradezu eine Notwendigkeit für das Bauhandwerk sei.

Die Aussprache ergab die allgemeine Ansicht, daß dem Bau- handwerk durch Beschaffung von Arbeitsgelegenheit geholfen werden müßte, daß aber auch die bestehende Wohnungsnot zu raschem Handeln dränge. Herr Oberbaurat Gummel sprach sich über das Projekt zustimmend aus, hatte aber Bedenken hinsichtlich der Möglichkeit der Finanzierung. Herr Baurat Stärkenacker machte darauf aufmerksam, daß eine Finan- zierung mit Hilfe der von Staat und Reich bereit gestellten Baukostenzuschüsse möglich sei. Herr Dr. Kuitel glaubte, daß die Wohnungsnot auch dadurch gehoben werden könne, daß man die leerstehenden Kasernen und Kasernenwohnungen nutz- bar macht, die leerstehenden großen Wohnungen teilt und die jetzt in Privatwohnungen untergebrachten behördlichen Bu- reaus in öffentliche Gebäude verlegt. Auch eine Änderung der alten Bauordnung könne gewisse Erleichterungen bringen. Auf diese Weise könnten rasch Wohnungen geschaffen werden und das Bauhandwerk hätte Arbeit; sollte außerdem noch Woh- nungsnot vorhanden sein, so biete der Plan des Herrn Braun gegenwärtig wohl die einzige Möglichkeit, die vorhandenen Schwierigkeiten zu beseitigen. Von Herrn Architekt Stöber wurde ein Finanzierungsplan vorgetragen, nach welchem das Projekt durchaus ausführbar erscheine. Herr Maurermeister Weber wünschte, daß man auch Privatunternehmen, die in- nerhalb der Stadt Heimeres freies Gelände mit Kleinwoh- nungen bebauen könnten, einen Baukostenzuschuß gewähre. Herr Architekt Gurjel gab seiner Meinung dahin Ausdruck, daß nicht der Gesichtspunkt der Billigkeit ausschlaggebend sein solle; die neu zu erstellende Kolonie sollte dahin kommen, wo sie am einwilligungsfähigsten wäre, man solle aber auch darauf Rück- sicht nehmen, daß nicht der Bauplan Karlsruhe verunstaltet wird. Herr Zimmermeister Fischer und Wagnermeister Weitz verlangten rasches Vorgehen. Herr Valermeister Lacroix erklärte die Bereitwilligkeit des Karlsruher Bauhandwerks, sich an der Genossenschaft zu beteiligen und forderte zur Zeich- nung von Anteilen auf. Die Anwesenden anerkannten dank- bar die ihnen gewordene Aufklärung.

oc. Die Technische Hochschule Karlsruhe hat den Fabrik- besitzer Friz Keuther und Joseph Gelele in Mannheim die Würde eines Doktor-Ingenieurs ehrenhalber verliehen.

oc. Durlach, 20. Febr. Nach schwerem Leiden ist im 54. Le- bensjahr der Direktor des hiesigen Gymnasiums Dr. Joseph Jäger gestorben. Er übte vor seiner hiesigen Tätigkeit in Karlsruhe die Lehrtätigkeit aus und war auch einige Jahre Direktor der Realgymnasien in Mosbach und Ettlingen.

oc. Baden-Baden, 20. Febr. Als Zeitpunkt der Eingemein- dung von Baden-Dos nach Baden-Baden ist nunmehr von den Gemeindevorstellern der beiden Orte der 1. April 1919 verein- bart worden. Die Zustimmung der Bürgerausschüsse soll alsbald eingeholt werden. Die Weiterführung der elektrischen Straßenbahn von hier nach Dos soll sofort nach Überwindung der Schwierigkeiten in der Materialbeschaffung usw. in An- griff genommen werden.

oc. Offenburg, 21. Feb. Eine hier abgehaltene Versamm- lung des Personals sämtlicher badischer Nebenbahnen beschloß eine Vertretung der Interessen des badischen Privatseisen- bahnerverbandes in der neu zu bildenden Beamtenkammer aus- zustreben und ebenso den Anschluß an den badischen Beamten- und Lehrerverein. Eine Kostrennung vom Verband deutscher Privatseisenbahnbeamter in Berlin erfolgt nicht. Betriebskon- troller Werginsky in Mannheim wurde zum 1. Vorsitzenden gewählt.

Badische Zeitungsstimmen.

Reichspost oder Landespost? Zu den Reichsangelegenheiten, die ausschließlich der Gesetzgebung und Verwaltung des Rei- ches unterliegen, gehört nach § 3 Punkt 5 des neuen Reichs- verfassungsentwurfs auch Post und Telegraphie. Baden hat bekanntlich seine Landespost am 1. Januar 1872 an das Reich abgetreten. Dem Opfer, das die badische Bevölkerung dem Reichseinheitsgedanken brachte, standen nur geringe Sonder- rechte gegenüber. In einem B. B. gezeichneten Leitartikel der „Bad. Landeszeit.“ wird gesagt, daß diese Sonderrechte zum Nachteil Badens von der Reichspostverwaltung nicht immer eingehalten wurden. Der Verfasser verlangt, daß bei der künftigen Neugestaltung der Verhältnisse darauf Rücksicht ge- nommen werde, daß im Reichspostamt alle Bundesstaaten paritätisch vertreten sind. Er meint, daß bei Wahrung der be- rechtigten Interessen der Bundesstaaten auch die Widerstände gegen die Vereinheitlichung des Verkehrswesens und die Schaffung einer Reichspost unter Preisgabe der bayerischen und württembergischen Landesposten schwinden würden und fährt dann u. a. fort:

„Daß Baden der Reichspost treu bleibt, halten wir für selbst- verständlich. Aber ebenso selbstverständlich muß es sein, daß Baden die ihm gebührende Stellung innerhalb des Reichspost- gebiets zugewiesen wird. Zu diesem Zweck müssen die Post- verträge eingehender Prüfung und Neugestaltung unterzogen werden. Insbesondere müssen darin die Rechte der Badener in ungewandelter Weise zum Ausdruck kommen. Soweit Baden und sein Postwesen in Frage kommt, werden folgende Forderungen zu stellen sein:

1. Die Anstellung sämtlicher Reichsbeamten in Baden ein- schließlich der ihm Reichspostamt beschäftigten Badener — also der höheren, mittleren und unteren Beamten — erfolgt durch die Landesregierung oder in deren Auftrag durch die zu er- mäßigenden Dienststellen. Zur Anstellung eines Nichtbadeners in Baden ist die Zustimmung der Landesregierung erforder- lich, falls letztere die Anstellung nicht selbst vollzieht. Sollte sich die Reichsregierung die Anstellung der wichtigeren oberen Stellen in Baden und im Reichspostamt (Oberpostdirektoren, Oberposträte, Posträte usw.) selbst vorbehalten, so steht der Landesregierung das Vorschlagsrecht zu. . . . Vor Aufnahme eines solchen Beamten in die Vorschlagsliste wird sich die Landesregierung mit den anerkannten Beamtenorganisationen und mit dem unter 4 Bezeichneten Verkehrsrat ins- Besonderen setzen. Wird die Anstellung in dieser Weise durch- geführt, dann steht jedem Badener — im Gegensatz zu dem jetzigen Zustand — das Recht zu, in seinem Heimatland an- gestellt zu werden und daselbst zu verbleiben. . . . Damit soll aber nicht ausgesprochen werden, daß jeder badische Ver- kehrsbeamte seine gesamte Dienstzeit in Baden ableistet. Im Gegenteil muß es wegen der Weiterbildung, insbeson- dere in jüngeren Jahren, für jeden badischen Verkehrsbeamten erwünscht erscheinen, eine Zeitlang außerhalb Badens beschäf- tigt zu werden. . . .

2. Die Stellen für höhere, mittlere und untere Beamte im Reichspostamt werden den Badenern anteilmäßig zugänglich gemacht.

3. Sämtliche für den Postdienst (einschl. Telegraphen- und Fernsprechdienst) in Baden erforderlichen Materialien werden, soweit in Baden erhältlich, von badischen Landesangehörigen bezogen.

4. Zur Wahrnehmung der Interessen der Allgemeinheit

insbesondere in volkswirtschaftlichen Fragen, wird in Baden für das Post-, Telegraphen- und Fernsprechwesen ein Landesverkehrsrat eingerichtet, der aus Vertretern der Handelskammern, Handwerkskammern, Angestelltenkammer, Landwirtschaftskammer, Beamtenkammer, Arbeitskammer und etwaiger Frauenvereinigungen besteht. Zweckmäßigerweise wäre der Verkehrsrat mit dem bereits bestehenden Eisenbahnrat zu verschmelzen.

Da auch das Eisenbahnwesen und Postwesen Reichsangelegenheiten werden sollen, wären für Eisenbahn und Post gleiche oder ähnliche Sonderrechte wie unter 1-4 auszubedingen.

Staatsanzeiger.

Bekanntmachung.

Wie dem Ministerium für Übergangswirtschaft, Wohnungswesen und soziale Fürsorge bekannt geworden, gibt es eine Anzahl von gewerblichen Betrieben, in denen die Anordnung des Reichsamts für wirtschaftliche Demobilisierung über die Regelung der Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter vom 23. November 1918 (Reichs-Gesetzblatt Seite 1934) immer noch nicht durchgeführt ist oder nicht eingehalten wird. Nach II dieser Verordnung darf die regelmäßige tägliche Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter ausschließlich der Pausen in allen gewerblichen

Betrieben einschließlich des Bergbaus, in den Betrieben des Reichs, des Staats, der Gemeinden und Gemeindeverbände, sowie in landwirtschaftlichen Nebenbetrieben gewerblicher Art die Dauer von 8 Stunden nicht überschreiten. Die zugelassenen Ausnahmen sind in den Bestimmungen unter III bis VII der Anordnung aufgeführt. Auch die Verordnung des Staatskommissars für wirtschaftliche Demobilisierung vom 15. Januar 1919, die Erspargung von Heiz- und Beleuchtungsmitteln betreffend (Gesetzes- und Verordnungsblatt Seite 21) und die im Staatsanzeiger vom 15. Dezember 1918 Nr. 284 veröffentlichte Bekanntmachung der badischen vorläufigen Volksregierung, die Regelung der Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter betreffend, werden, wie wir hören, vielfach noch nicht in vollem Umfange beachtet. Alle beteiligten Stellen werden ersucht, für die genaue Durchführung der festgesetzten Arbeitszeit und der sonstigen getroffenen Anordnungen mit allem Nachdruck zu sorgen, insbesondere die beteiligten Betriebe in wiederholten Bekanntmachungen nicht nur auf die Strafbestimmungen in X der Anordnung vom 23. November 1918, sondern auch darauf hinzuweisen, daß Betriebe, die den Bestimmungen des Reichsamts zuwiderhandeln auf eine Unterfütterung des Ministeriums, insbesondere bei der Zuteilung von Rohstoffen und Kohlen nicht rechnen können.

Bei wiederholten Zuwiderhandlungen seitens eines Betriebsinhabers müßte der Staatskommissar für Demobilisierung die

zeitweilige Schließung des Betriebs unter gleichzeitiger Auf-erlegung der Weiterzahlung der Arbeitslöhne an die Arbeitnehmer in Erwägung ziehen.

Karlsruhe, den 12. Februar 1919.
Ministerium für Übergangswirtschaft und Wohnungswesen.
Ministerium für soziale Fürsorge.
Ratzloff.

Die XIII. Kriegslotterie des Württembergischen Landesvereins vom Roten Kreuz betr.

Dem Württembergischen Landesverein vom Roten Kreuz wurde die Erlaubnis zum Vertrieb von 8000 Losen zu 2 M. der von ihm veranstalteten XIII. Kriegslotterie zu Gunsten der Vereinszwecke im badischen Staatsgebiet unter den nachstehenden Bedingungen erteilt.

Die zum Vertrieb in Baden bestimmten Lose müssen zuvor mit dem Stempel des Bad. Ministeriums des Innern versehen werden.

Die Lose dürfen in Baden durch Ankündigung in badischen Zeitungen und in anderer Weise nur unter Angabe badischer Bezugsquellen angeboten werden.

Karlsruhe, den 15. Februar 1919.
Ministerium des Innern.
Der Ministerialdirektor:
Pfeifferer. Dr. Reuß.

Badener!

Meldet Euch zum Schutze des bedrohten Ost-Deutschlands!

Jede Niederlage dort schädigt alle Teile Deutschlands an Volksvermögen, Kraft und Kultur; damit auch Euch und das Badener Land! Ihr habt Euch schon im großen Kriege als Kerntuppen bewährt, darum eilt herbei und helft auch jetzt wieder!

Offiziere, Ärzte, Beamte, Mannschaften mit wenigstens halbjähriger Frontdienstzeit, meldet Euch als

Freiwillige für die Ost-Armee!

bei der Werbestelle Heidelberg, Höh. Mädchenschule (Eingang: Anlage am Bunsendenkmal) oder bei Euren Bezirkskommandos.

Mobile Löhnung, 5 Mark Tageszulage, freie Verpflegung und Unterbringung. Außerhalb des Reiches Treuprämie von 20 bis 50 Mark.

Bringt Ausweis-papiere mit Militärpaß, Entlassungsschein, Leumundszugnis der Ortsbehörde) sowie Entlassungsantrag.

Nur Leute mit einwandfreier Führung werden angeworben. Alles Nähere bei der Werbestelle oder den Bezirkskommandos.

Ost-Armee Werbestelle.

Altertümer:

Porzellanfiguren, Tassen, Teller, Möbel, Uhren, Gläser, Stickereien, Bilder, Bücher, auch ganze Bibliotheken, sucht fortwährend zu kaufen

Antiquar Sasse, Kaiserstr. 229. Tel. 1154.

Badisches Landestheater.

Im Konzerthaus:

Samstag, den 22. Februar 1919 (Samstagsmiete 20.):

Die Entführung aus dem Serail

Anfang 7 Uhr Ende 10 Uhr

Mont., 24. (Nr. 22) statt Nigoletto „Die fünf Frankfurter“ 7-9.20 (4 M. 30 Pf.) — Dienst., 25. (Die., 23.): „Nigoletto“ 7-9.25 (4 M. 30 Pf.) — Mittwoch, 26. Sondervorst.: „Die Gardasfürstin“ 6 1/2-9 1/2 (4 M. 80 Pf.) — Donnerstag, 27. (Do. 23): „Der Waffenschmied“ 6 1/2-9.10. (4 M. 80 Pf.) — Freitag, 28. (Freitag 22.): „Nabala und Liebe“ 6-10 (4 M. 30 Pf.) — Samstag 1. März 4. Schülermiete-Vorstellung: „Zau und Zimmermann“ 6 1/2-9 1/2 (4 M. 80 Pf.) — Sonntag, 2. nachm. 1/2 Uhr zu „ermäßigten Preisen“: „Alte Heidelberg“ 1/2-4.10. (70 Pf. — 3 M. 20 Pf.), abds 7 Uhr: „Die lustigen Weiber von Windsor“ 1/2-9.21 (7 M. 30 Pf.) — Montag, 3. (Mo. 23.): „Die verkaufte Braut“ 7-9.30. (4 M. 80 Pf.) — Dienst., 4. Sonder-Vorstellung: „Die Fledermaus“ 1/2-10. (4 M. 80 Pf.)

Im Landestheater in Baden-Baden. Mittwoch, 26.: „Und das Licht leuchtet in der Finsternis“. 5-1/2.

Grundstückseigentümer sollen die Hypothekengläubiger, soweit sie unbekannt sind, gemäß § 1170 B.G.B. mit ihren Rechten ausgeschlossen werden. Die unbekanntem Gläubiger werden aufgefordert, spätestens im Aufgebotsstermin das ist am Mittwoch, den 4. Juni 1919, vormittags 9 Uhr, vor dem Amtsgericht Neustadt i. Schwarzwald (Baden), Zimmer Nr. 1 ihre Ansprüche u. Rechte anzumelden, widrigenfalls die Ausschließung mit ihren Rechten erfolgen wird.

Neustadt (Baden), den 11. Februar 1919.
Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

3.829.3.2.1 Mannheim. Der Student Rudolf Rausch in München, Rymphenburgerstraße 49 III, hat das Angebot folgender Hypothekenspandbriefe der Rheinischen Hypothekbank in Mannheim: Serie 53 Lit. C Nr. 74 über 500 M., Serie 53 Lit. D Nr. 124 über 200 M., Serie 55 Lit. B Nr. 935 über 1000 M., Serie 57 Lit. C Nr. 672 über 500 M., Serie 79 Lit. C Nr. 7174 über 500 M., Serie 78 Lit. D Nr. 80741 über 200 M., Serie 78 Lit. E Nr. 38167 über 100 M. beantragt. Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert, spätestens in dem auf Donnerstag, den 11. September 1919, vorm. 11 Uhr, vor dem unterzeichneten Gerichte anberaumten Aufgebotsstermine seine Rechte anzumelden, und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Kraftlos-erklärung der Urkunde erfolgen wird.

Mannheim, 3. Febr. 1919.
Gerichtsschreiber des Bad. Amtsgerichts 3. 9.

3.874.2.1. Überlingen. Friedrich Muth, Wirt zum Bernhardsbusch in Karlsruhe, Durlacher Allee Nr. 20, hat das Angebot des ihm angeblich verloren gegangenen Hypothekenbriefes vom 20. November 1911, ausgestellt für die zugunsten des Brauereidirektors Wendelin Müller in Ravensburg für Kaufpreisleistungen von 4000 M. nebst 4 1/2 % Zins, im Grundbuch von Unter-uhlingen Band 3 Heft 16 auf das Grundstück Gb. Nr. 80, III. Abt. Nr. 5, Hofreite und Hausgarten an der Ortsstraße, eingetragene, an den Antragsteller am 4. Septbr. 1914 abgetretene Hypothek beantragt. Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert, spätestens in dem auf Dienstag den 17. Juni 1919, vormittags 10 Uhr, vor dem unterzeichneten Gerichte anberaumten Aufgebotsstermin seine Rechte anzumelden und den Hypothekenbrief vorzulegen, widrigenfalls dessen Kraftlos-erklärung erfolgen wird.

Überlingen, den 14. Februar 1919.
Bad. Amtsgericht.

Erbenaufruf.
3.868. Kurtwangen. Am 3. Juli 1918 starb in Wöhringen (Amt Engen) die ledige Telegraphistin Ger-mine Frieda Luise Mayer,

Verkauf im Lichthof! Nur solange Vorrat!

Sezugscheinfreie Hauschuhe

teils mit kleinen Fehlern

Für Kinder u. Mädchen	1 50	1 95
Für Damen	1 95	3 50
Für Herren	2 95	4 50

Beachten Sie bitte unsere Schaufenster

KNOPF

Bekanntmachung.

Wir bringen hiermit zur allgemeinen Kenntnis, daß wir infolge Einführung der ungeteilten Dienstzeit die Geschäftsstunden auf die Zeit von vormittags 8 Uhr bis nachmittags 3 Uhr festgesetzt haben; an Samstag nachmittags 3 Uhr festgesetzt haben. Unsere Kasse ist geöffnet von vormittags 9 Uhr bis nachmittags 2 Uhr, an den Samstagen von vormittags 9 Uhr bis nachmittags 12 Uhr.

Karlsruhe, den 13. Februar 1919. G. 53
Der Vorstand
der Landesversicherungsanstalt Baden.

Bei Kesselbesitzern gut eingeführt

Vertreter

von bedeutender Fabrik von Kesselhauskontroll-apparaten gesucht. Angebot unter 3.49 an die Expedition d. Karlsruhe. Ztg.

Suche größere Posten zu kaufen.
Schwarzen Lee
Biesel, Dortmund.
Schwanenstr. 81, Tel. 2541.

Tapeten

große Auswahl, sofort lieferbare Ware, da große Vorräte, Übernahme von Tapezierarbeit.
H. Durand, Tapetenhaus Douglasstraße 26, bei der Hauptpost. Telephon 2435.
Bodenwachs.

16. April 1919, 9 Uhr, bestimmter Termin mit der Aufforderung, einen bei dem Gerichte zugelassenen Anwalt als Vertreter zu bestellen.
Freiburg i. Br., den 17. Februar 1919.
Gerichtsschreiber des Landgerichts.

3.872.2.1. Heidelberg. Der Direktor Fr. Schmidt in Stuttgart, vertreten durch die Rechtsanwältin Dr. Galm und Dr. Muffang in Heidelberg, klagt gegen den Zahntechniker A. Floegel, früher in Stuttgart, z. Zt. an unbekanntem Ort, unter Begründung der Zuständigkeit des Amtsgerichts Heidelberg gemäß § 23 Z.P.O., aus Darlehen vom Jahre 1918, mit dem Antrage auf Verurteilung des Beklagten durch ein für vorläufig vollstreckbar zu erklärendes Urteil zur Zahlung von 100 M. nebst 4 Proz. Zins vom Tage der Klageaufstellung und Tragung der Kosten des Rechtsstreits einschließlich derjenigen d. Anwaltsgebühren. Zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits wird der Beklagte vor das Amtsgericht Heidelberg auf Dienstag den 29. April 1919, vormittags 9 Uhr, Zimmer Nr. 25, geladen.
Heidelberg, 14. Febr. 1919
Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts 1.

3.873.2.1. Neustadt (Baden). Das Amtsgericht Neustadt hat folgendes Aufgebots erlassen: Im Grundbuch Löffingen Band II Heft 6 Abteilung III Nr. 2 ist auf den Grundstücken Lagerbuch-Nr. 233 u. 238, Eigentum des Maurers Joseph Schwörer u. dessen Ehefrau Agnes geb. Hall in Löffingen eine Eintragungshypothek für Kaufschilling eingetragen zugunsten des am 11. Febr. 1908 in Löffingen verstorbenen Köhmerers Anton Kaufsch in Höhe von fl. =

geboren in Radolfzell, am 13. April 1841. Als gesetzliche Erben kommen in Betracht die Abstamm-linge ihrer Eltern, des verstorbenen Hauptlehrers Ludwig Mayer und dessen verstorbenen Ehefrau Maria geb. Fehrenbach.

Alle diejenigen, welche Erbrecht am Nachlaß der Erblasserin zu haben glauben, werden aufgefordert, ihre Rechte innerhalb vier Monaten unter Darlegung der Verwandtschafts-Verhältnisse dafür anzumelden.

Kurtwangen, den 15. Februar 1919.
Bad. Notariat
als Nachlaßgericht.

3.854. St. Blasien. Die gegen den am 23. Novbr. 1884 zu Bernau-Jinner-leschen geborenen Landwirt Ernst Albert Bantolzer durch Beschluß des Amtsgerichts St. Blasien vom 15. Juni 1914 ausgesprochene Entmündigung ist durch Beschluß des Amtsgerichts vom 16. Januar 1919 aufgehoben worden.
St. Blasien, den 13. Februar 1919.
Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

3.858.2.1. Mannheim. Der Tagelöhner Johann Segauer in Mannheim, Friedrichsfelderstraße 56, vertreten durch Rechtsanwalt Dörzbach in Mannheim, hat beantragt, den verschollenen Ludwig Heinrich genannt Ernst Segauer, zuletzt wohnhaft in Mannheim, für tot zu erklären.

Der bezeichnete Verschollene wird aufgefordert, sich spätestens in dem auf Freitag, den 28. November 1919, vormittags 11 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht Saal D Zimmer Nr. 114 anberaumten Aufgebotsstermine zu melden, widrigenfalls die Todes-erklärung erfolgen wird.

An alle, welche Auskunft über Leben oder Tod des Verschollenen zu erteilen vermögen, ergeht die Aufforderung, spätestens im Aufgebotsstermine dem Gerichte Anzeige zu machen.
Mannheim, 12. Febr. 1919.
Gerichtsschreiber des Amtsgerichts 3. 8.

Verchiedene Bekanntmachungen.

Schwarzarbeiten für das neue Arbeiterwohngebäude in Titisee nach Finanzministerialverordnung vom 8. Januar 1907 öffentlich zu vergeben: Erd- u. Maurer-, Zimmer-, Klempner-, Schreiner-, Schlosser- und Anstreicharbeiten, Zeichnungen, Bedingnisheft und Arbeitsbeschriebe auf unserem Hochbaudienstzimmer zur Einsicht, wo auch Abgabe der Angebotsschreiben erfolgt. Kein Versand nach auswärtig. Angebote verschlossen, postfrei und mit entsprechender Aufschrift bis längstens Donnerstag, den 27. Februar d. J., vorm. 11 Uhr, bei uns eingereicht. Zuschlagsfrist 3 Wochen.
3.747.2.1. Neustadt, 11. Febr. 1919.
Bad. Bauinspektion.